Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Träger und Geschäftsstellen Annahmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 14 — 89. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 17. Januar 1930

Fieberzuckungen.

Riesenhoch ist die Welle der Arbeitslosigkeit angeschwollen und weit über zwei Millionen Erwerbsloser finden keine Beschäftigung. Sie wächst noch immer höher, diese Welle — und überschlägt sich erfahrungsgemäß nach der politisch-radikalen Seite hin. Zahllos sind die Straßen- und sonstigen Tumulte, die entstanden sind, weil in den Stadtparlamenten Anträge auf besondere Zuwendungen an Arbeitslose gestellt wurden, in der Regel aber aus Mangel an Mitteln abgelehnt werden mußten. Es ist nicht allzu schwer, mit solchen Anträgen, mit der steigenden Arbeitslosigkeit die von ihr betroffenen Massen auf die Straßen zu bringen, aber dann entgleiten oft die Scharen sehr bald den Händen der Führer. Was dann geschieht, haben wir in letzter Zeit in schier unzähligen Fällen erlebt: von den tätlichen Angriffen auf Andersdenkende bis zum Landfriedensbruch demonstrierender Massen, denen die Polizei entgegentreten mußte, und die nicht bloß Stein- als Waffe benutzten. Schlagring und standfestes Messer sind ja heute zu allgemein beliebten Waffen im politischen Kampf geworden, und wenn man sonst nichts hat, tritt der Stiefelabsatz in Aktion. Leider fehlt es auch nicht an Schußwaffen und man hat alle Veranlassung, darüber zu klagen, daß das an und für sich sehr scharfe und eindeutige Gesetz über den Waffenbesitz leider längst nicht die beruhigende Wirkung ausgeübt hat, die man sich von ihm versprach. Wie wenig, beweisen dies ja besonders die jüngsten Ereignisse in Worms und in Chemnitz. Und in Berlin ist die Pistole in der Hand politisch Radikaler durchaus kein seltener Gegenstand.

Aber: Salus publica suprema lex, das öffentliche Wohl ist oberstes Gesetz. Und Aufgabe des Staates ist es, dieses öffentliche Wohl mit seinen Machtmitteln zu schützen und zu verteidigen. Ein demokratischer Staat, dessen Grundlage der Mehrheitswille des Volkes ist, hat diese Machtmittel überall da einzusetzen, wo der an sich natürlich berechtigte politische Wille der Minderheit herausbricht aus dem Wege von Gesetz und Recht, zur Diktatur werden will, die, um sich durchzusetzen, zu den Mitteln der Gewalt greift. Dadurch kommen wir in Deutschland ganz gewiß nicht aus der Not heraus, das steigert vielmehr noch die Bedrängnis, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Mit Gewalt, mit Zaunlatten, Steinen, Pistolenschüssen anzurennen gegen die Träger der Staatsautorität ist das wirkungsloseste Mittel, die Massen aus der Not, der Bedrängnis, den wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu befreien. Derartige Hoffnungen sind phantastisch; denn „hart im Raume stoßen sich die Sachen". Und diese harte Wirklichkeit ist auch stärker als jedes, auch das verständigste und verständlichste Wünschen. Mit dem Kopf durch die Wand ist noch niemand gekommen, weil die Wand härter zu sein pflegt als der Kopf.

Es kommt darauf an, die Ursachen dieser Zuckungen auszutilgen, Ursachen, die eben in allererster Linie wirtschaftlicher Art sind. Alles muß an den Versuch gesetzt werden, den Boden zu sanieren, auf dem allein radikal-politisch diese Entwicklung emporwachsen konnte. Das ist der Kern des Problems, wie der Volkskörper von diesen Zuckungen geheilt werden kann, ehe sie noch schlimmer werden, zum Niederbruch führen, zur Epidemie werden können.

Auf ein gütiges „Schicksal" zu warten, das dem wirtschaftlich-finanziell so arg bedrängten Deutschland hilft, nur auf Unterstützung von außen her zu rechnen — diese Hoffnungen allein zu hegen, würde des deutschen Volkes unwürdig sein, das in so vielen Taten immer wieder der Welt den Beweis seines Willens geliefert hat, vor allem aus eigener Kraft aus seiner Not sich herauszuarbeiten. Und der Betätigung dieser Lebensenergie nicht unüberwindliche Hindernisse in den Weg zu stellen wäre allerdings das beste Gegengift für jene Krankheitskeime, die im Volkskörper jene bedenklichen Fiebererscheinungen hervorgerufen haben.

Eine Lebensfrage für Ostpreußen.

Dr. Steinhoff und der Korridor.

Im Hauptausschuß des Preußischen Landtages äußerte sich Innenminister Grzesinski auch zu der Frage des polnischen Korridors nach Ostpreußen und den in dieser Beziehung erhobenen Angriffen gegen den Vizepräsidenten Dr. Steinhoff beim Oberpräsidium Ostpreußen. Die Angelegenheit stellte sich anders dar, als sie in einem Teil der Presse geschildert worden sei. Dr. Steinhoff habe in einer Unterredung mit dem Vertreter einer französischen Zeitung sich selbstverständlich auch auf den Standpunkt gestellt, daß eine Änderung des heutigen Zustandes bezüglich des Korridors eine Lebensfrage für Ostpreußen sei. Die Beseitigung dieses Zustandes werde nicht nur von Ostpreußen, sondern darüber hinaus auch von ganz Deutschland erstrebt. Dr. Steinhoff habe betont, daß man dabei an eine

friedliche Revision

denke. Wenn die Atmosphäre in Europa zu einer friedlichen Revision noch nicht reif sei, so müsse durch wirtschaftliche Abkommen alles getan werden, um den augenblicklichen Zustand zu erleichtern und die Schwierigkeiten zu mildern. Bis zu einer endgültigen Revision der politischen Grenzen müßten eben die wirtschaftlichen Folgen der Grenzziehung durch Handelsverträge und andere wirtschaftliche Vereinbarungen nach Möglichkeit beseitigt werden. Diese Erklärung Dr. Steinhoffs läge nach Ansicht des Ministers völlig in ostpreußischem Sinne.

Die Flottmachung der deutschen Zahlungen

Letzte Arbeiten im Haag.

Neue Ministerbesprechungen.

Nachdem die Sanktionsfragen im wesentlichen durch den Notenwechsel zwischen der deutschen und der französischen Seite als einstweilen gelöst angesehen werden, trat besonders das Mobilisierungsproblem in den Vordergrund. Frankreich hat das Interesse, nach der zu erwartenden Unterzeichnung des Young-Plans nun bald in den Besitz von deutschen Barzahlungen zu gelangen. Als Folge des Young-Plans ist vorgesehen, die deutschen Schuldverschreibungen mit Hilfe der Internationalen Bank recht bald auf den internationalen Geldmärkten zur privaten Zeichnung aufzulegen, d. h. also, die deutschen Schuldtitel teilweise in privaten Besitz zu übergeben. Eine etwaige internationale deutsche Anleihe könnte unter Umständen infolge des Doppelangebots an Papieren den Übergang der Reparationsschuldverschreibungen an Private beeinträchtigen. Das will Frankreich nicht. Deutschland hat aber ein wesentliches Interesse daran, den Anleihemarkt für sich möglichst offen zu halten.

Besprechungen, die in der Nacht auf Donnerstag stattfanden, hatten kein besonderes Ergebnis, ebenso eine Zusammenkunft in dieser Angelegenheit zwischen dem Reichsminister Dr. Curtius und dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu. Auch Dr. Moldenhauer konferierte mit Tardieu und dem französischen Schatzminister Chéron. Im Laufe des Donnerstags setzten sich die Konferenzen der sechs einladenden Mächte in der gleichen Richtung fort. Deutschland zieht eine etwaige Anleihe auf Reichsbahn oder Reichspost in Betracht. Übereinstimmung konnte auch in der Ministerbesprechung nicht gefunden werden

Reichspost und Reichsbahn.

Eine gewisse Annäherung glaubt man zu bemerken, da von deutscher Seite das Zugeständnis angeboten worden ist, während der Zeit vom 31. Januar 1930 bis dem 1. April 1931 keine Reichsanleihe im Auslande aufzulegen unter der Voraussetzung, daß für den Bedarf der Reichsbahn und der Reichspost an Anleihemitteln in der Zwischenzeit ausreichende Vorkehrungen getroffen werden. Der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Dr. Dorpmüller, soll am Freitag im Haag eintreffen. Die nächste Sitzung der sechs Mächte ist deshalb auf Freitag nachmittag festgesetzt worden. Donnerstag abend wollte man weiterverhandeln über die praktischen Fragen der Anleihebegebung, und zwar nach einer Anregung des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer. Die französische Seite erkennt die Anleihebedürfnisse der Reichsbahn und der Reichspost in Höhe von etwa 500 Millionen Mark an, während die Deutschen voraussichtlich 800 Millionen Mark als ersten Anleihebedarf für notwendig halten. Die Frage der mit dem Zündholzmonopol verbundenen 500 Millionen Mark betragenden sogenannten Schwedenanleihe soll nicht mehr zur Verhandlung stehen, da die Franzosen die Überzeugung gewonnen hätten, diese Anleihe könne ihre Wünsche nicht beeinträchtigen

Schluß am Sonnabend?

Man arbeitet gegenwärtig mit höchster Beschleunigung im Haag, weil bei allen Abordnungen der Wunsch besteht, am Sonnabend zum Abschluß zu gelangen. Mit Rücksicht auf die in London beginnende Flottenkonferenz wollen die englische und die französische Delegation unbedingt am Sonnabend abreisen. In der Frage der Zahlungstermine hat Deutschland einen gewissen Vorteil errungen, d. h., man hat die Termine auf die Monatsmitte gelegt gegen Verzicht der Gläubigermächte auf alle Pfandrechte. Zunächst hatten die Gläubiger den 1. jedes Monats als Zahlungstermin gefordert. Deutschland wollte dagegen den Monatsschluß erzielen, was eine ziemliche Ersparnis von Zinsen bedeutete. Reichsbankpräsident Dr. Schacht nahm Donnerstag an einer Sitzung des Organisationsausschusses für die Internationale Zahlungsbank teil.

Deutschlands Wort.

Von einer maßgebenden Persönlichkeit erhält die Kölnische Volkszeitung eine Bewertung der getroffenen Sanktionsabmachungen, die folgendermaßen schließt:

„Der positive Gehalt der neuen Regelung läßt sich am besten in dem Satz ausdrücken, der auch in der Regelung figuriert, daß Deutschlands Wort die Garantie für die Ausführung seiner Verpflichtungen ist. Diese der Fassung des deutsch-amerikanischen Reparationsabkommens gleichwertige Feststellung zeigt, daß hier eine wichtige Rehabilitierung Deutschlands gelungen ist. Und vom deutschen Rheinlande ist das Wiederbesetzungsrecht des Artikels 430 des Versailler Vertrages endgültig abgewandt."

Die Begründung der Sanktionsformel.

Eine amtliche Auslassung. — Die Auseinandersetzung Snowden — Wirth.

Zur Sanktionslösung wird von zuständiger deutscher Seite bemerkt, die ganze Frage sei von vornherein für beide Teile eine vorwiegend innenpolitische gewesen. Denn praktisch schließe man keine Verträge, in denen man den Fall vorsähe, daß sie der eine Teil den anderen zerrissen vor die Füße werfe. Der Gedanke, daß ein solcher Fall vorgesehen werden müßte, sei zunächst in Frankreich aufgekommen und habe ein psychologisches Bedürfnis nach schriftlichen Vorkehrungen geschaffen.

Die beiden Schriftstücke, die als Anlage zu dem gleichzeitig fixierten Artikel des Schlußprotokolls festgelegt worden seien, deckten dieses Bedürfnis nach einer doppelten Richtung hin: Indem sich Frankreich damit der Handlungsfreiheit für den Fall eines Zerreißens versichere. Indem es aber zugleich ausdrücklich bestätige, daß diese Handlungsfreiheit nur für einen solchen eindeutig umschriebenen Fall in Frage komme, nicht aber für den Fall irgendwelcher Verstöße, die sich aus dem Wesen des Planes selbst, aus einer materiellen Unerfüllbarkeit seiner Bestimmungen, aus einem deutschen Verzuge — kurz, aus allen finanziellen Vorgängen — ergeben könnten.

Es sei also die Frage des allerschwersten Verstoßes, nämlich die gewollte Vertragszerreißung aus dem Bereich des Versailler Vertrages herausgenommen, der Art. 430 des Versailler Vertrages ausgeschaltet und der Grundsatz des allgemeinen Völkerrechtes an seine Stelle gesetzt worden. Infolge einer

mißverständlichen englischen Auslegung

unmittelbar nach Abschluß dieser Vereinbarungen sei eine Erörterung zwischen dem britischen Schatzkanzler Snowden und Reichsminister Dr. Wirth unrichtig interpretiert worden. Es habe sich dabei um die Frage Snowdens gehandelt, wie das Recht zum Einzelklagen spielen würde, wenn Deutschland zum Beispiel allein England die Zahlungen vorenthalten würde. Dr. Wirth habe mit Recht darauf geantwortet, daß in diesem Falle England wohl allein klagen könnte, aber die Klage wegen einer solchen Benachteiligung gegen die Bank für internationalen Zahlungsausgleich richten müßte, der die Verteilung der Zahlungen und die Transferierung obliege.

Zusammenfassend könne gesagt werden, daß durch die Neuregelung das Sanktionsrecht des Versailler Vertrages, das wir bisher protestlos über uns ergehen lassen mußten, abgeschafft sei. Statt dessen trete die Handlungsfreiheit der Gläubiger ein; ihrer auf dieser Handlungsfreiheit basierenden Aktion gegenüber habe Deutschland die eigene Handlungsfreiheit, die sich auf alle Möglichkeiten völkerrechtlicher Betätigung erstrecke.

Der Eindruck in Polen

Warschau, 16. Januar. Die hiesige Abendpresse verzeichnet mit großer Genugtuung, daß Tardieu im Haag auf der ganzen Linie gesiegt habe. Die Alternative für Deutschland sei jetzt: Zahlen oder neue Besetzung.

Die Mobilisierungsfrage

Keine Einigung in der Ostfrage

Haag, 16. Januar. Zu den am Freitag von neuem stattfindenden Beratungen über die Mobilisierung der deutschen Reparationsbonds sind nun außer dem Generaldirektor der Reichsbahn, Dr. Dorpmüller, auch der Reichspostminister Schätzel sowie mehrere andere Sachverständige zugezogen worden. Die Herren treffen am Freitag früh im Haag ein. Man muß sich darüber klar sein, daß mit der Frage der Mobilisierung das für Frankreich praktische Kernstück der Youngabmachungen in Angriff genommen ist, also eine Frage, die wesentlich mit Fragen des Internationalen Kurswertes der politischen Abmachungen im Haag zusammenhängen. Die Möglichkeit der Berücksichtigung der französischen Kreditierungswünsche hängt ferner wesentlich von der Frage der Gestaltung des deutschen Haushalts und des eigenen deutschen Kreditbedürfnisses ab.

In Konferenzkreisen sind im Laufe des Donnerstag Zweifel darüber aufgetaucht, ob der bisher als gesichert angesehene Abschluß der Konferenz am Sonnabend abend tatsächlich ermöglicht wird. Abgesehen von der Mobilisierungsfrage finden erst Sonnabend vormittag die Beratungen zwischen den sechs einladenden Mächten und den kleinen Mächten über deren Beteiligung an der endgültigen Regelung der Reparationsfrage mit Deutschland statt. Ebenso zeichnen sich in den Ostreparationsfragen noch immer kleine Möglichkeiten einer Einigung ab. Loucheur erklärte der Presse, eine Einigung sei als ausgeschlossen anzusehen. Die Verhandlungen hierüber würden in Paris nach dem Abschluß der Haager Konferenz weiter fortgesetzt werden. Man würde zum Schluß eine gemeinsame Erklärung der Kleinen Mächte auf der einen, Oesterreich-Ungarn und Bulgarien auf der anderen Seite aufsetzen, in der gegensätzliche Standpunkte beider Gruppen festgestellt würden. Man hält demzufolge an den im Brüsseler Juristenprotokoll vorgesehenen Fall fest, um den Youngplan allein durch die sechs einladenden Mächte inkraft treten zu lassen.

Ein französischer Kreditierungsvorschlag

Haag, 16. Januar. Auf französischer Seite soll, wie der Vertreter der Telegraphenunion erfährt, die Absicht bestehen, die Mobilisierungsfrage in der Weise zu regeln, daß Deutschland die

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF